

Herbert Blankenhorn, Verständnis und Verständigung

Quelle: BLANKENHORN, Herbert. Verständnis und Verständigung, Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979. Frankfurt/Main; Berlin; Wien: Propyläen Verlag, 1980. ISBN 3-549-07396-8.

Urheberrecht: (c) Herbert Blankenhorn

URL: http://www.cvce.eu/obj/herbert_blankenhorn_verstandnis_und_verstandigung-de-aa717adf-9bfa-4d25-8058-c1978302f218.html

Publication date: 04/09/2012

Herbert Blankenhorn, *Verständnis und Verständigung*

[...]

1. Februar 1963

Das Unbehagen, das mit dem Abbruch - die Franzosen nennen das »ajournement« - der englischen Beitrittsverhandlungen, Dienstag, den 29. Januar abends in Brüssel, überall in der Welt eingetreten ist, hat Ausmaße angenommen, die weit über das ähnlicher Krisen hinausgehen. Ich empfinde als das Bedrückendste an dieser Entwicklung, daß General de Gaulle die Entscheidung einseitig, ohne Konsultation seiner Partner, getroffen hat. Alle unsere Arbeit in den fünfziger Jahren war doch darauf gerichtet, die Vergangenheit dadurch zu überwinden, daß man eine Europäische Gemeinschaft aufbaute, in welcher Kleine wie Große einen gemeinsamen Standpunkt zu erarbeiten versuchten, wobei die Stimmen der kleinen ebenso ernstgenommen wurden, wie die Stimmen der großen Staaten. Wie General de Gaulle das Konsultationsabkommen mit der Bundesregierung vom 21. Januar dieses Jahres auslegt und anwendet, zeigen seine Erklärungen über die Aufnahme Dänemarks als Vollmitglied oder als assoziiertes Mitglied in den Gemeinsamen Markt, zeigen ferner seine Bemühungen um ein engeres Verhältnis zu Spanien, die sicherlich mit dem Ziel verbunden sind, die Amerikaner aus Spanien zu verdrängen und nicht zuletzt auch die Ablehnung der deutschen Kompromißvorschläge, mit denen wir versuchten, die Fortführung der Verhandlungen mit Großbritannien über seine Aufnahme in den Gemeinsamen Markt zu retten. Was soll nun geschehen?

Natürlich müssen wir alles vermeiden, was die Ratifikation des deutschfranzösischen Vertrages erschweren könnte. Denn eine Verzögerung der Ratifikation würde in Frankreich selbst wieder unabsehbare nachteilige psychologische Folgen mit sich bringen. Wie soll sich aber unser Verhältnis zu Großbritannien, wie unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten nach all dem, was sich ereignet hat, weiterentwickeln? Die Nachrichten aus den Vereinigten Staaten sind nicht gut. Für mich war eine Mitteilung bezeichnend, die mir Peter von Zahn, der mich gestern besuchte, über die Stimmung in den Vereinigten Staaten mitbrachte, wo sich die Kritik nicht so sehr an die Adresse General de Gaulles als an die Adresse der Bundesrepublik richtet, der man Unzuverlässigkeit und letzten Endes die Schuld am Zusammenbruch der Englandverhandlungen vorwirft.

Sehr viel wird auf die außenpolitische Debatte ankommen, die am 6. Februar im Bundestag stattfindet. Die Vorzeichen dieser Debatte sind nicht gut. Der Bundeskanzler hatte das Gefühl, sich mit General de Gaulle über einen Auftrag an die Hallsteinkommission geeinigt zu haben, innerhalb einer gewissen Frist einen Bericht über den Stand der Verhandlungen vorzulegen, der im Kreise der Sechs oder der Sieben erörtert und vielleicht zu einer neuen Belebung der Englandverhandlungen führen sollte. Sollte der Bundeskanzler sich geirrt haben? Hatte General de Gaulle sich nicht vielmehr auf eine Zusage beschränkt, daß er die französische Delegation anweisen werde, zunächst einmal im Rahmen der Sechs über die Ausgestaltung und Festigung der Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs zu verhandeln, ehe man an eine Erweiterung der Mitgliederzahl gehe?

Bei einer Regierungserklärung zur Einleitung der Aussprache im Bundestag am 6. Februar wird es nach meiner Auffassung auf drei wesentliche Gesichtspunkte ankommen: Bekenntnis zur Atlantischen Gemeinschaft und zu NATO; Bereitschaft, die Bemühungen um einen Beitritt Großbritanniens fortzusetzen; Entschlossenheit der Bundesregierung, am engen deutsch-französischen Verhältnis festzuhalten und den Vertrag vom 21. Januar in der gebührenden Zeit zu ratifizieren. Allerdings werde man dabei wohl zum Ausdruck bringen müssen, daß man sich in Zukunft über alle aussenpolitische Probleme, die die Partnerstaaten des Vertrages berühren, sorgfältig konsultiert und einseitige Entscheidungen vermeidet.

[...]